

**Auszug aus der Niederschrift
Sitzung des Schulausschusses vom 16.04.2026**

**2.1 Schulstatistik der Stadt Oberhausen für das Schuljahr 2025/2026
M/18/0678
zur Kenntnis genommen**

Frau Horn (SPD) geht auf die Schulstatistik ein. Sie hebt hervor, dass ein starkes Gefälle bezüglich der Schüler*innenzahlen (und Klassengrößen) in den Grundschulen zwischen dem Norden und Süden Oberhausens bestehe. Sie führt weiter aus, die Gesamtschulen hätten hohe Abiturient*innenzahlen und es gebe kaum Unterschiede zu Gymnasien. Eindeutig sei, dass auch die Gesamtschule Osterfeld viele Abiturient*innen habe.

Des Weiteren berichtet sie von einem Artikel der WAZ (online 12.04.2026), in dem eine Referendarin darlegt, dass sie trotz der anspruchsvollen Rahmenbedingungen gerne an der Schule unterrichte. Die SPD bedankt sich beim Kollegium der Gesamtschule Osterfeld für sein Engagement.

Frau Horn merkt an, dass die Glück-auf-Schule (Förderschwerpunkt „Lernen und emotionale und soziale Entwicklung“) einen hohen Anstieg bei den Anmeldezahlen für den weiterführenden Zweig verzeichne. Sie möchte wissen, weshalb so viele Schüler*innen von der Grundschule auf die Förderschule wechseln. Sie fragt, ob dies auch etwas mit der Größe der Grundschulklassen zu tun habe.

Frau Schiller (Grüne X Partei) merkt an, die Startchancen-Schulen hätten eine hohe Klassenfrequenz (29/30 Kinder) und dies sei nicht im Sinn der Bildungsgerechtigkeit. Ihr sei bekannt, dass die Verwaltung sich bemühe, diesen Zustand zu beheben. Dennoch benötige man zeitnah eine Lösung, insbesondere an den weiterführenden Schulen.

Sie weist darauf hin, dass den Offenen Ganztagschulen Raumkapazitäten fehlten. Dazu zählten insbesondere Aufenthaltsräume für die Zeit nach dem Unterricht sowie Bewegungsräume für die jungen Schüler*innen.

Frau Schiller fordert, im Rahmen der Schulentwicklungsplanung Lösungen für die zu vollen Klassen sowie die Raumkapazitäten im Ganztag zu finden.

Frau Stehr (CDU) entgegnet, dass sich die Schulhöfe als Bewegungsraum nutzen ließen. Zur Wortmeldung von Frau Horn bezüglich der Heterogenität von Alt-Oberhausen und Sterkrade merkt Frau Stehr an, dass es sich dabei um eine strategische Stadtplanungs- und Entwicklungsfrage handele. Schulentwicklung hieße auch zu fragen, wo sich Wohngebiete entwickeln lassen und nicht erst zu reagieren, wenn die Schüler*innen bereits da sind.

Herr Mulia (Linke.Liste) geht auf die Klassengrößen ein. Er kritisiert, Land und Kommune würden sich bei der Bildung der Klassen gegenseitig die Verantwortung zuweisen. Der Neubau von Schulen sei unumgänglich, ansonsten sei eine andere Verteilung der Schüler*innen auf die Klassen nicht möglich.

Beispielhaft geht er auf Seite neun der Schulstatistik ein. In der Jahrgangsstufe sieben der Theodor Heuss-Realschule befänden sich 132 Kinder. Der Tabelle auf Seite 13 ließe sich entnehmen, dass die Jahrgangsstufe entsprechend aus vier Klassen mit je 33 Kinder bestehe. Dies sei inakzeptabel.

Ein Rückgang der Schüler*innenzahlen sei für die Grundschulen nicht absehbar. Es seien im Durchschnitt 2.000 Kinder in einem Jahrgang. In den weiterführenden Schulen könnten die 2.000 Schüler*innen aus der Grundschule selbst bei einer Klassenstärke von 30 Kindern nicht untergebracht werden. Es ständen nur 1.900 Plätze zur Verfügung.

Er weist darauf hin, dass im Schulkonsens (Land NRW) Klassenrichtwerte festgelegt wurden,

die einzuhalten seien. Für die Grundschulen läge der Klassenrichtwert bei durchschnittlich 22,5 Kinder pro Klasse, in den weiterführenden Schulen durchschnittlich bei 26 Kinder pro Klasse.

Frau Barzel (Bereichsleitung Schule) antwortet, dass es vielfältige Gründe für den Anstieg der Schüler*innenzahlen der Glück-auf-Schule gäbe. So gäbe es beispielsweise Wechselbewegungen aus dem Gemeinsamen Lernen oder auch später eingeleitete AOSF-Verfahren.

Herr Krey (SPD) weist darauf hin, dass der hohe Anstieg von AOSF-Verfahren an Grundschulen bereits in der letzten Sitzung des Schulausschusses diskutiert wurde. Es gebe viele Kinder mit besonderen Herausforderungen in den Klassen, so dass regulärer Unterricht kaum möglich sei. Der Schulausschuss solle die Zahlen weiterverfolgen.

Herr Schmidt (Beigeordneter) bedankt sich für die Beiträge und erklärt, die genannten Aspekte würden, wie bereits in der vergangenen Sitzung angemerkt, aufgenommen und in die künftige Arbeit einfließen. Eine Umsetzung sei nicht von einer bis zur nächsten Sitzung erreichbar. Eine Genehmigung für kleinere Klassen durch die Bezirksregierung sei zudem nicht immer einfach zu bekommen.

Er bezieht sich auf den Hinweis von Frau Stehr bezüglich der strategischen Stadtplanung und beschreibt ihn als eines der zentralen Herausforderungen. Hierzu gebe es einen Austausch mit Dezernat 5 über Neuentwicklungen, z. B. den Neubau von Wohngebieten, so dass der Bedarf an Kitas und Schulen mitgedacht würde.

Der Schulausschuss nimmt die Drucksache zur Kenntnis.
